

Die Wohlfahrtsverbände schlagen Alarm

Sie sind besorgt über die Kürzungen des Bundes bei Ein-Euro-Jobs – Vor allem jugendliche Arbeitslose werden geradezu „bestraft“

Von Gerhard Bühler

Der Bund spart, die Kommunen müssen es ausbaden. Ein aktuelles Beispiel für den ungerechten Umverteilungsprozess sind die drohenden Mittelkürzungen für die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Arbeitsagentur (ARGE), die eigentlich die Aufgabe haben, Arbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen. Angesichts der Kürzungen macht die Liga der Freien Wohlfahrtsverbände mobil.

Auch der Gemeinderat beschäftigte sich gestern mit dem Thema. Oberbürgermeister Gerhard Widder appellierte bereits in einem Brief an den Bundesarbeits-

minister, die besondere Situation Mannheims mit seiner hohen Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Da die ARGE in der Quadratestadt insbesondere mit dem Projekt „Jump“ für arbeitslose Jugendliche erfolgreich arbeitet und überdurchschnittlich viele Mittel abrufft, wird sie von den Kürzungen geradezu bestraft. Ähnlich argumentiert der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark, der sich in Berlin in dieser Sache für Mannheim einsetzen will.

Die Verbände befürchten, dass die Kürzungen das Aus für die in den Mannheimer Verbänden erfolgreich angelaufenen Maßnahmen zur Förderung von ar-

beitslosen Jugendlichen und Erwachsenen Hartz IV-Empfängern bedeuten könnten. Vor allem jene arbeitslosen Erwachsenen und Jugendliche würden getroffen, die sich mit Zusatzjobs (1-Euro-Jobs), Arbeitsgelegenheiten und Weiterbildung aktiv für ihre Wiederbeschäftigung empfehlen. Konkret geht es in der Stadt um die Zukunft von 1120 Ein-Euro-Jobs und 350 Arbeitsgelegenheiten. Im „Jump-Plus-Programm“, bei dem bereits 500 junge Leute untergebracht werden konnten, „haben die Wohlfahrtsverbände sehr dazu beigetragen, dass jeder, der will, auch Arbeit bekommt“, sagt der Vorsitzende der Liga, Claus-Peter Sauter.

Die vorgesehene Kürzung hätte zur Folge, dass „JumpPlus“ keine weiteren Jugendlichen mehr aufnehmen könnte. Von der Reduzierung der Eingliederungshilfe wären sowohl Behinderte wie die Weiterbildung betroffen, macht auch Stefan Rebmann vom DGB Rhein Neckar Front gegen die Pläne. Wichtig sei jetzt, sowohl den Betroffenen Klarheit über ihre weitere Zukunft als auch der ARGE Perspektiven und Planungssicherheit zu geben, sind sich die in der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände vertretenen Organisationen wie etwa das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt oder der Caritasverband einig.